SITZUNG VOM

4. November 2002

P R O T O K O L L

der 5. Sitzung

Datum: Montag, 4. November 2002

Zeit: 19.00 bis 21.25 Uhr

Ort: Singsaal Lättenwiesen

Vorsitz: Ratspräsident Patrick Rouiller

Protokoll: Ratssekretär Roger Würsch

Anwesend: 35 Mitglieder

Abwesend: Andreas Nold (Militär)

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 4. Sitzung vom 30. September 2002
3. Information des Schulpräsidenten über das neue Volksschulgesetz und die Auswirkungen auf Opfikon
4. Postulat Elvira Kaese (SD) "Vermehrte Personenkontrollen" - Überweisung
5. Postulat Valentin Perego (FDP) und Rosmarie Bolliger (SP) "Fussballplätze und Fussballinfrastruktur" - Zwischenbericht und Fristverlängerung
6. Nachtragskredit von Fr. 65'000.-- für den Ersatz der Schliessanlage Stadthaus und Feuerwehr- und Werkgebäude
7. Kreditbewilligung für eine dezentrale Wohngruppe des Alterszentrums Gibeleich
8. Ersatzwahl ins Wahlbüro Opfikon

SITZUNG VOM

4. November 2002

1. Mitteilungen

1.1 Personelles**B 5.1.3**

Stadtpräsident Walter Fehr ist heute abwesend, da er an seiner letzten Zivildienstübung für den Kanton teilnehmen muss.

1.2 "Zufahrt zur Migros" - Kleine Anfrage Elvira Kaese (SD)**P 2.9.3**

Ratspräsident Patrick Rouiller gibt bekannt, dass diese kleine Anfrage vom Stadtrat am 15. Oktober 2002 beantwortet wurde.

1.3 Eingegangene Post**B 5.1.1**

- Protokoll der 4. Büro-Sitzung vom 21. Oktober 2002
- Geschäftsliste per 23. Oktober 2002
- Rekurs Schlatter/Altorfer - Fristverlängerungsgesuch RA Mattenberger
- SRB 185 - Finanzplan 2002-2006
- SRB 204 - Gebundene Ausgabe zusätzliche Brandschutzmassnahmen Sanierung Schulhaus Lättenwiesen
- SRB 210 - Verträge zwischen Stadt und Energie Opfikon AG

2. Protokoll der 4. Sitzung vom 30. September 2002

Das vorliegende Protokoll wird genehmigt und verdankt.

3. Information des Schulpräsidenten über das neue Volksschulgesetz und die Auswirkungen auf Opfikon**S 1 C**

Schulpräsident Markus Mendelin informiert über das neue Volksschulgesetz, welches am 24. November 2002 an der Urne behandelt wird. Er wird von Urs Meier, Sektionsleiter Schulentwicklung der Bildungsdirektion unterstützt. Nach den zwanzigminütigen Informationen wurden weitere vierzig Minuten Fragen beantwortet.

SITZUNG VOM

4. November 2002

4. Postulat Elvira Kaese (SD) "Vermehrte Personenkontrollen"
- Überweisung

P 2.8

Elvira Kaese (SD) erachtet ihr Postulat nach wie vor als nötig. Handlungsbedarf besteht in verschiedenen Richtungen. Die neuesten Vandalenakte in der ref. Kirche zeigen dies ebenfalls auf.

Stadtrat Valentin Perego erklärt, dass der Stadtrat bereit ist, dieses Postulat entgegenzunehmen. Es rennt offene Türen ein, da die Polizeiarbeit und -zusammenarbeit permanent hinterfragt und optimiert wird. Man muss sich aber bewusst sein, dass dieser Arbeit Schranken gesetzt sind. Diese Schranken sollen auch aufgezeigt werden.

Hans Zolliker (EVP) fragt Elivra Kaese an, ob sie bereit ist, ihr Postulat soweit anzupassen, dass der Ausdruck "aus dem Balkan" ersatzlos gestrichen wird. Diese Einschränkung ist nicht nötig und auch nicht gut. Elivra Kaese ist mit dieser Änderung einverstanden. **Das Postulat wird in diesem Sinne abgeändert.**

Pia Bättig (GV) empfindet dieses Postulat als Alibiübung, bei welchem die Antwort weitgehend jetzt schon klar ist. Es rennt offene Türen ein und ist überflüssig. Sie versteht die Bereitschaft der Entgegennahme nicht und stellt den Antrag, *das Postulat nicht zu überweisen*.

Christian Müller (SVP) bestätigt, dass der Polizeiarbeit Grenzen gesetzt sind. So hat z.B. die Kantonspolizei ein Reglement, welches Personenkontrollen nur im Verdachtsfall zulässt. Er findet es daher nicht schlecht, wenn in der Beantwortung dieses Postulates auch einmal die Grenzen der Polizeiarbeit klar aufgezeigt werden.

Das Postulat wird mit 17 : 16 Stimmen (2 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Bearbeitung und Beantwortung überwiesen.

SITZUNG VOM

4. November 2002

4. Postulat Elvira Kaese (SD) "Vermehrte Personenkontrollen"
- Überweisung

P 2.8

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Stadtratsbeschluss vom 15. Oktober 2002 und die heutigen Verhandlungen -

BESCHLIESST:

1. Das Postulat wird an den Stadtrat überwiesen. Gemäss Art. 45 der Geschäftsordnung hat dieser innert 12 Monaten zu berichten, ob und in welcher Weise dem Postulat entsprochen wird.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Ressortvorstand Bevölkerungsdienste
 - Sicherheitsabteilung
 - Stadtkanzlei

SITZUNG VOM

4. November 2002

5. Postulat Valentin Perego (FDP) und Rosmarie Bolliger (SP) L 2.2.7
"Fussballplätze und Fussballinfrastruktur"
- Zwischenbericht und Fristverlängerung
-

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Stadtratsbeschluss vom 17. September 2002 -

BESCHLIESST:

1. Der Zwischenbericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Frist zur Beantwortung wird - gemäss Art. 45 der Geschäftsordnung - um 12 Monate verlängert (bis 4.11.2003).
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Finanzabteilung
 - Jugend- und Sportabteilung
 - Stadtkanzlei

SITZUNG VOM

4. November 2002

6. Nachtragskredit von Fr. 65'000.-- für den Ersatz der Schliessanlage Stadthaus und Feuerwehr- und Werkgebäude **L 2.2.3**

Die Sprecherin der GPK - Franziska Schwaighofer - erklärt, dass die GPK der Ansicht ist, dass der Bedarf für den Totalersatz der Schliessanlage nicht nachgewiesen werden konnte. Lediglich bei den peripheren Eingängen besteht ein Handlungsbedarf und dieser kann mit wesentlich geringeren Kosten abgedeckt werden. Die GPK beantragt mit 5:1, nur einen Kredit von Fr. 20'000.-- zu gewähren.

Finanzvorstand Werner Brühlmann erklärt, dass der Ursprung der Schliessanlage und des Schliessplanes aus dem Jahre 1983 stammt. Die etwas hohen Kosten ergeben sich daraus, dass allen Schlüsselbesitzern ein neuer Schlüssel abgegeben werden muss. Werner Brühlmann betont, dass der heutige Schliessplan nicht mehr erweitert werden kann, und somit seine Grenzen erreicht hat. Bei der nächsten Änderung der Büroräumlichkeiten (und die wird in den nächsten Jahren sicher kommen), muss ein neuer Schliessplan erstellt werden. Mit dem GPK-Antrag werden also keine Kosten gespart, sondern die Erneuerung nur vor sich her geschoben. Er bittet den Rat, die längerfristige Planung des Stadtrates zu unterstützen.

In der Abstimmung wird der Antrag der GPK mit 25 : 9 Stimmen unterstützt.

SITZUNG VOM

4. November 2002

6. Nachtragskredit von Fr. 65'000.-- für den Ersatz der Schliessanlage Stadthaus und Feuerwehr- und Werkgebäude

L 2.2.3

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 25. Juni 2002 und der Geschäftsprüfungskommission vom 3. Oktober 2002 sowie in Anwendung von Art. 35 Abs. 1 Ziff. 2 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Für die Verbesserungen im Schliessplan wird - gemäss Antrag der GPK - ein Nachtragskredit von Fr. 20'000.-- zu Lasten der laufenden Rechnung 2002, Konto-Nr. 6116.3140.02, bewilligt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Finanzabteilung
 - Liegenschaftenverwaltung

SITZUNG VOM

4. November 2002

7. Kreditbewilligung für eine dezentrale Wohngruppe des Alterszentrums Gibeleich

L 2.2.2 / A 3.1

Als Sprecherin der GPK-Mehrheit äussert sich Rosmarie Bolliger für diese Vorlage. Es handelt sich um pflegebedürftige Personen, nicht um keine Alters-WG im eigentlichen Sinne. Die Zimmer sind zwar nicht gross, aber zweckmässig. Die Warteliste ist lang, und mit dieser Lösung kann sie um einen Viertel abgebaut werden. Zudem kann mit dieser Form der Betreuung/Pflege wichtige Erfahrungen für die Zukunft gesammelt werden. Es darf nicht auf dem Rücken der ältern Mitbewohnern gespart werden, daher unterstützt die Mehrheit diese Vorlage.

Für die GPK-Minderheit äussert sich Barbara Staeger. Dieser Ablehnungsantrag richtet sich überhaupt nicht gegen die Betagtenbetreuung. Aber die Lösung hat aus verschiedenen Gründen zu viele Nachteile. Externe Lage, schlechte Anbindung an das Zentrum, kleine Zimmer. Die Minderheit fordert ein grösseres Zentrum in der Nähe des Zentrums. Als unabdingbare Übergangslösung müssten wahrscheinlich die Spitex-Dienste ausgebaut werden.

Sozialvorsteherin Regina Bühler wehrt sich vehement für die Vorlage. Diese dezentrale Wohngruppe ist ein erster Schritt, dem weitere Folgen müssen. Niemand muss in diese Wohngruppe wechseln, es ist einfach ein weiteres Angebot, welches gemacht werden kann. Andere Gemeinden mit dezentralen Wohngruppen (Au, Effretikon, Kloten, Dübendorf) haben gute Erfahrungen mit dieser Form gemacht, auch Eglisau hat soeben eine solche eröffnet. Zudem gilt es auch zu beachten, dass 50% der heutigen Bewohner des Alterszentrums die eigenen Nasszellen aus Pflegegründen nicht nutzen können. Der Bau eines neuen, zusätzlichen Zentrums dauert in jedem Fall zwischen 7 und 10 Jahren, solange abwarten ist keine Lösung, der Handlungsbedarf ist gross. Auch der Ausbau des Krankenhauses Bächli hat sich noch nicht konkretisiert und die Akutspitäler werden aus Kostengründen eher abgebaut, denn erweitert. Es gibt zur Zeit keine Alternativen zu dieser Wohngruppe.

In der Folge entwickelt sich eine ausführliche Diskussion über diese Vorlage. Toni Steiner (CVP), Ursula Landolt (GV), André Zika (FDP), Pia Bättig (GV), Koni Fiechter (EVP), Paul Remund (FDP) äussern sich gegen die Vorlage.

- entspricht nicht Altersleitbild;
- nicht zeitgemäss;
- zu kleine Wohnfläche;
- fehlende Konzepte;
- schlechte Lage;
- Platzmangel darf nicht zu Eil- und Fehlentscheiden führen;
- Problem nur vertagt, nicht gelöst;
- noch weitere drei Gruppen nötig - sehr teuer;
- Notpflasterlipolitik;
- Verpflanzen, Abdrängen an den Rand der Stadt;
- widersprüchliche Aussagen des Stadtrates;

SITZUNG VOM

4. November 2002

- Aufenthaltsraum für 8 Personen ebenfalls klein;
- hoher Preis für wenig Raum.

Pia Bättig (GV) erkundigt sich beim Stadtrat, ob da auch externe Fachleute in die Beratung einbezogen wurden. Zudem erteilt sie dem Stadtrat eine Rüge dafür, dass hier bereits Schritte eingeleitet wurden, welche bei einer Ablehnung der Vorlage zu Kosten führen werden; dieser Druck gegenüber dem Gemeinderat ist unschön. Es liegt am Stadtrat, Geschäfte zu planen und so einzureichen, damit eine vernünftige, kostenneutrale Behandlung im Rat möglich ist.

Jörg Mäder (NIO), Bruno Maurer (SVP), Heinrich Eberhard (SVP), Roland Hüsey (SVP) und Leo Wehrli (SVP) setzen sich für die stadträtliche Vorlage ein.

- Kernaufgabe der Gemeinde;
- guter Service bei körperlicher Pflege unabdingbar;
- Selbstentscheidungsmöglichkeit über Einzug;
- Pflege, Betreuung, Aktivierung ist prioritär, nicht die Wohnraumgrösse;
- es braucht Lösungen; lieber 15 m² haben, als 25 m² planen;
- Abschiebung an Fremdplätze ausserhalb Stadt keine Lösung und zudem teuer;
- Einzug in Pflegeheim bedeutet immer - so oder so - einen Abbau der Selbstständigkeit;
- Realisieren, was möglich ist; planen was zusätzlich gebraucht wird;
- Alterswohnungen mit höherem Komfort sind auf dem privaten Markt erhältlich, sollen aber auch auf privater Basis finanziert werden;
- Finanzkreislauf Jung-Alt stimmt nicht mehr;
- nichts wird verbaut, Mietverträge für 10 Jahre, danach Auflösung möglich.

Sozialvorsteherin Regina Bühler erwähnt, dass für die Planung externe Berater zugezogen wurden. Dies sowohl für Gesichtspunkte der altersgerechten Realisierung/Möglichkeiten, wie auch der Sicherung der Subventionskriterien. Die Liegenschaften Gibeleichstrasse 50/54 sind keine Lösung für die Probleme der Alterspolitik, diese Liegenschaften werden für die Schule benötigt.

In der Abstimmung wird der Antrag des Stadtrates und der GPK-Mehrheit mit 22 : 13 Stimmen unterstützt.

SITZUNG VOM

4. November 2002

7. Kreditbewilligung für eine dezentrale Wohngruppe
des Alterszentrums Gibeleich

L 2.2.2 / A 3.1

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 9. Juli 2002 und der Geschäftsprüfungskommission vom 2. und 20. Oktober 2002 sowie gestützt auf Art. 35 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Dem Projekt "Dezentrale Wohngruppe" wird zugestimmt.
2. Folgende Kosten werden bewilligt:

Investitionskosten	Fr. 342'100.--
Einrichtungskosten	Fr. 255'600.--
jährlich wiederkehrende Betriebskosten	Fr. 255'800.--
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - L + B AG HGV, Stationsstrasse 12, 8406 Winterthur
 - Stadtrat
 - Sozialvorsteherin
 - Verwaltungsdirektor
 - Leiterin Sozialabteilung
 - Liegenschaftenverwalter
 - Heimleiter
 - Finanzverwaltung
 - Sozialabteilung

SITZUNG VOM

4. November 2002

8. Ersatzwahl ins Wahlbüro Opfikon

A 1.A

IFK-Präsident, Christoph Brühlhart, schlägt als Ersatz für Theres Höchli, für die Wahl ins Wahlbüro Opfikon vor:

- Sarah Bolliger, SP, Im Brännli 15

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt.

DER GEMEINDERAT BESCHLIESST:

1. Als Ersatzmitglied für die Restamtsdauer 2002-2006 wird ins Wahlbüro Opfikon gewählt:
 - Sarah Bolliger, SP, Im Brännli 15
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - die Gewählte
 - Bezirksrat Bülach
 - Stadtrat
 - Stadtkanzlei

SITZUNG VOM

4. November 2002

Schluss der Sitzung

Ratspräsident Patrick Rouiller macht auf ein Konzert des Frauenchors Opfikon-Glattbrugg aufmerksam, welches am nächsten Sonntag, 10. November 2002, um 17.00 Uhr in der reformierten Kirche, Glattbrugg, stattfindet. Er hofft, dass auch einigen Mitgliedern aus dem Rat ein Besuch möglich ist.

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einwendungen erhoben. Patrick Rouiller macht auf die Rekursmöglichkeiten gemäss § 151 des Gemeindegesetzes aufmerksam. Rekursinstanz ist der Bezirksrat Bülach, Bahnhofstrasse 3, 8180 Bülach.

Opfikon, 5. November 2002

Für richtiges Protokoll
Der Ratssekretär:

R. Würsch

SITZUNG VOM

4. November 2002

Protokoll geprüft:

Datum:

Der Präsident:

.....

Der 1. Vizepräsident:

.....

Der 2. Vizepräsident:

.....